



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/75

31. März 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Sprach Semler für oder gegen Erhard?	S. 1
Zermübungskrieg im Unterhaus	S. 3
Truman im innerpolitischen Kreuzfeuer	S. 4
Burschen heraus!	S. 5
West-FDJ wirbt für die Volkspolizei	S. 6

Zu späte Einsichten

(sp) Es ist ein Gemeinplatz, dass von Ministern und Abgeordneten der Regierungskoalition vor allem die Reden beachtet werden müssen, die ausserhalb des Parlaments gehalten werden. Das gilt auch von den letzten Reden Dr. Semlers, der zum wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU-CSU-Fraktion avanciert ist. In Wiesbaden hat er jetzt eine Rede gehalten, die nicht nur dem Bundeskanzler und seinem Finanzminister keine Freude machen kann, sondern vor allem für das Volk in Westdeutschland die Depression angesichts der steigenden Preise verstärken muss. Semler hat die bisherige Wirtschaftspolitik der Regierung einer scharfen Kritik unterzogen und konstatiert, dass es noch kein Wirtschaftsprogramm der Regierung gebe. Er gab noch manch andere Versäumnisse der Regierung und der Unternehmerschaft zu, um am Ende der Selbstkritik zu dem erstaunlichen Fazit zu kommen: "Es muss ein Mann für alle Massnahmen verantwortlich sein . . . alle Regierungsparteien haben sich hinter Prof. Erhard gestellt . . . die Regierung muss jetzt diesem Willen des Parlaments Rechnung tragen . . ."

Also der Mann, der für die bisherige Wirtschaftspolitik durchaus zuständig ist, der die von Semler festgestellte "Verschleppung" der Probleme verursachte, der den Unternehmern die demonstrierte

Haltung ermöglichte, der - auch nach ^{so} Semler - das Ende des ERP nicht einkalkulierte und dessen Politik/vollkommen Schiffbruch erlitt, dass nun scharfe Massnahmen eine Änderung dieser Politik in ihr Gegenteil erzwingen sollen, dieser Mann ist für die Koalition die einzige Hoffnung. "Es muss jetzt endlich gehandelt werden und zwar hart". Erhard, gegen den sich auch dieser mittelbare Vorwurf Semlers richtet, soll der Mann des Handelns und der Härte sein.

Eine andere Konsequenz aus der Situation weiss die Koalition nicht. Weder die Einsicht der Spielregeln einer Demokratie, noch der ständig zunehmende Druck der Preissteigerungen kann die Koalition davon abbringen, Erhard bis zum bitteren Ende zu folgen. Was nützen dann alle Erkenntnisse der begangenen Fehler? Sie können nicht die leiseste Hoffnung in die wenigen konkreten Massnahmen erlauben, die Dr. Semler in Wiesbaden vorschlug. Es geht ihm, wie dem Professor, dessen "kühne Wirtschaftspolitik" er bestätigt und widerruft: kein Programm. Darum werden sich weder Unternehmer, noch die Preise etwas daraus machen, wenn von begangenen "Sünden" und von Gefahren "sich ihr eigenes Grab zu schaufeln" gesprochen wird. Semler hatte durchaus recht, als er sagte, der Abs-Plan (Besteuerung der Abschreibungen) sei eine reizvolle Sache - aber es sei fraglich, ob genügend liquide Mittel dafür zur Verfügung stehen. So ist es ja in allen Punkten vor und nach der Wiederbreisiger Diskussion geblieben. "Reizvolle" Ideen, wie durch die Umkehr der bisherigen Konzepte ein neuer Ausgangspunkt erreicht werden könnte - aber geht es dann um die Durchführung; dann zerfallen die Programme wie Kartenhäuser.

Man äussert neue gute Vorsätze, man übt eine deprimierende Selbstkritik und weiss doch nichts anderes als sich hinter den Mann und seine Theorien zu stellen, die uns soweit gebracht haben, dass ein Abgeordneter der Koalition ausrufen muss: Deutschland dürfe nicht die Rolle des ausgehaltenen Märchens spielen.

Zermürbungs-Krieg im Unterhaus

F.S.London, Ende März.

Im Unterhaus, der "Mutter der Parlamente", pflegen sich auch scharfe politische Auseinandersetzungen in vornehmer Form abzuspielen. Zu Ausschlüssen von Abgeordneten kam es während der letzten Jahre in ganz seltenen Fällen und nur dann, wenn der betreffende Abgeordnete sich nicht bereit erklärte, den Weisungen des Sitzungslleiters nachzukommen.

Während der letzten Wochen hat sich das Bild wesentlich geändert. Unter der Devise: "Alles für das Land" machen die Konservativen den Sitzungssaal des Parlaments zu einer öffentlichen Tribüne ihrer Partei. Churchill richtet sich nach einem einzigen Ziel: die Regierung zu stürzen. Seit er eingesehen hat, dass Labour in wichtigen Abstimmungen nicht zu schlagen war, benutzt er eine Art Zermürbungstaktik.

Jeder Abgeordnete kann ein "Prayer", ein "Gebet", vorbringen, das einen Antrag darstellt, der nach der ordentlichen Sitzung zur Behandlung gelangt. Er wird gestellt, um eine Verordnung der Regierung oder des Parlamentes aufzuheben. Da sich die Parlaments-sitzungen bis in die Abendstunden erstrecken, erfordert ein solches "Gebet" zusätzlich viele Nachtstunden. Es wurde bisher auch nur selten gestellt. Die Konservativen aber, die jetzt, wie eines ihrer führenden Parlamentarmitglieder erklärte, Kabinettemitglieder und Labourabgeordnete "Tag und Nacht beschäftigen werden, bis sie hysterisch sind", machen aus der Seltenheit eine Alltäglichkeit.

Die Labour-Fraktion hat sich dagegen eine neue Taktik zurechtgelegt. Kein Angehöriger der Fraktion fehlt während der Abend- und Nachtstunden, aber zur gegebenen Zeit verlässt Labour den Sitzungssaal und es kann dann vorkommen, dass ein konservativer Abgeordneter z.B. gegen fünf Uhr morgens lediglich zu seinen eigenen Freunden über ein "Gebet" spricht, die Verordnung über die Berufskleidung der Frauen aufzuheben.

Die Regierung hat nun Verhandlungen zwischen dem Führer des Parlaments, Chuter Ede, und dem Führer der Opposition, Churchill,

vorgeschlagen. Churchill allein dürfte wenig zur Nachgiebigkeit neigen, obwohl ihm die Mehrheit seiner Freunde und auch die konservative Presse dazu rät. Es ist so, wie Chuter Ede Churchill zurief, dass nämlich die Vertreter der Arbeiterschaft vielmehr an Nacharbeit gewöhnt sind als die Vertreter der anderen Seite.

Für die ersten Tage der neuen Parlamentsession liegen bereits vier konservative "Prayers" vor. Damit sie nicht zurückgezogen werden können, haben fünf Labourabgeordnete ebenfalls unterschrieben. Es wird sich zeigen, dass die Konservativen einen Bumerang losliessen, der sie härter trifft, als sie je dachten.

+ + +

Gefahren für Truman

f. Es mehren sich in auffällender Weise die Anzeichen, dass die Herrschaft der Demokratischen Partei die jetzige Amtszeit Trumans nicht überleben wird. Würde in diesen Tagen oder Wochen gewählt werden, wäre es mit grösster Wahrscheinlichkeit um Truman geschehen. Die Untersuchungen des sogenannten Kefauer-Komitees, eines Senatsausschusses zur Erforschung des Gangster-Unwesens unter dem Vorsitz des Senators Kefauer, decken Tag für Tag dunkle Zusammenhänge zwischen Politik und Unterwelt auf. Soviel scheint jetzt schon nach den Ermittlungen festzustehen, dass zwei Gouverneure, deren Stellung der unserer Ministerpräsidenten in den Ländern entspricht, mit deutlicher Mithilfe der Unterwelt bei den letzten Kongresswahlen gewählt worden sind. Die amerikanischen Blätter, auch die seriöse Presse, bringen spaltenlange Berichte über die Verhöre der Gangsterkönige vor dem Senatsausschuss. Kefauer hat bereits erklärt, man habe Grund, von einer Nebenregierung der Unterwelt zu sprechen.

Schon bei den letzten Kongresswahlen haben diese dunklen Zusammenhänge honorigen demokratischen Kandidaten den Senatssitz gekostet. Man darf annehmen, dass weitere Untersuchungen, die jetzt in New York geführt werden, dem Ansehen der Demokratischen Partei erheblichen Schaden zufügen und sei es nur nach dem alten Wort: Irgendetwas bleibt immer hängen.

Politisch und psychologisch nicht minder gefährlich ist ein

Vorgang, der mit überraschender Schnelligkeit zu einer Änderung der amerikanischen Verfassung geführt hat. Nach anfänglich schleppender Zustimmung haben allein in den letzten Wochen ein Dutzend Staaten der Union eine Verfassungsänderung gebilligt, die bestimmt, dass ein amerikanischer Präsident in Zukunft nicht mehr als zweimal gewählt werden darf. Die bisherige Verfassung enthielt darüber keine Bestimmungen, so dass Franklin Delano Roosevelt zwar unter Bruch der Tradition, nicht aber der Verfassung viermal gewählt werden konnte. Der neue Artikel - es ist der zweiundzwanzigste Zusatzartikel - nimmt den derzeitigen Präsidenten billigerweise ausdrücklich von dieser Bestimmung aus. Truman könnte theoretisch also so oft noch wiedergewählt werden, wie es das amerikanische Volk wünscht. Aber es ist kein Zweifel möglich, dass die Stimmung, die diesen Zusatzartikel zu einem Bestandteil der amerikanischen Verfassung hat werden lassen, sich bei den nächsten Wahlen gegen ihn auswirken wird, ganz abgesehen von der Frage, ob nicht ohnehin bis zu diesem Zeitpunkt die Opposition gegen das fast zwei Jahrzehnte lange Regime der Demokratischen Partei ihm die Chance der Wiederwahl genommen haben wird.

+ + +

Burschen heraus!

Gegen Zopf, Philisterei und Tyrannei, so heisst es klingend und mahnend in dem einst meistgesungenen Studentenlied "Burschen heraus". Und die Alten Herren, die sich heute so eifrig um das Wiedererstehen der Korporationen bemühen, berufen sich gern auf die ursprüngliche Idee revolutionären und geistigen Fortschritts, der der Ausgangspunkt für die Gründung studentischer Verbindungen gewesen ist. Sie führen die demokratische, weltweite Tradition der Gründungszeiten an; aber diese Tradition ist nicht heute hundert Jahre alt, sondern sie liegt hundert Jahre zurück. Von ihr ist seit langem nichts mehr vorhanden.

Dass der Ruf "Gegen Zopf und Philisterei", dass alle wirklichen Ideale längst vergessen sind, dafür hat die deutsche "Burschenschaft" gerade einen aktuellen und sichtbaren Beweis geliefert. Der Verband deutscher Studentenschaften stellte vor kurzem in Besprechungen mit allen Korporationen eine Reihe von Leitsätzen auf,

nach deren Punkt 2 die Aufnahme von Mitgliedern grundsätzlich nach charakterlicher Eignung ohne Rücksicht auf soziale und rassische Gesichtspunkte erfolgen soll. Die Burschenschaften haben sich wegen dieses Grundsatzes geweigert, die Leitsätze zu unterschreiben. Ob die alten Herren Angst haben, dass sich ein Jude oder gar ein Neger mit Band und Cerevis in den Farben ihrer Korporation an ihren Bier-tisch setzen könnte? Oder dass ihre bis heute bewahrte soziale Isolation durchbrochen werden könnte? Ein besserer Beweis dafür, dass die Tradition der Freiheit und der Toleranz sich in eine Tradition der Vorurteile verwandelt hat, konnte kaum geliefert werden.

Ein Blick auf die Universtitäten und auf die studentische Jugend zeigt uns jedoch, dass die Begeisterung für den Zopf, den die väterlich gepflegten Korporationen, ihrem schmetternden Sang zum Trotz, mit sich herumschleppen, nicht beängstigend gross ist. Kögen sie also ihr "Burschen heraus" getrost weiter singen, die rechten Burschen haben Zopf und Philisterei längst überwunden und halten sich aus diesen Klubs auch ohne Aufforderung heraus. R.G.

+ + +

Mit ostdeutscher Tante zur Volkspolizei

(sp) Unter dem propagandistischen Motto, "der westdeutschen Bundesregierung helfen, ihre Arbeitslosenzahl zu verringern", führt die westdeutsche FDJ gegenwärtig auf Befehl aus Pankow unter den jugendlichen Arbeitslosen eine rege Werbekampagne für die Volkspolizei durch, verbunden mit der Werbung für das Jugendtreffen in Berlin, für das der West-KP bekanntlich ein Soll von 250.000 "jungen Friedenskämpfern" auferlegt wurde. Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren können in die Kadettenschulen der FDJ, Jugendliche von 18 bis 25 Jahren als Volkspolizeibewerber aufgenommen werden. Sie müssen von ihrem zuständigen Kreissekretariat eine politische Zuverlässigkeitsbescheinigung beibringen. Der Verpflichtungsschein enthält u.a. folgende Klausel: "Ich verpflichte mich zum Schutz der Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik, zum Gehorsam und zur Geheimhaltung aller mir bekannt werdenden Dienstangelegenheiten".

Um hinsichtlich des Gehorsams ganz sicher zu gehen, wird auf dem Verpflichtungsschein ausserdem "genau Adresse der eventuellen Verwandten in der DDR" verlangt. Die Sippenhaft wird also von allem Anfang an festgelegt.

Die Bewerbungen sind beim jeweiligen Kreissekretariat zu sammeln und alle acht Tage in die Ostzone weiterzuleiten. "Für unauffällige Verbreitung unter den Mitgliedern ist Sorge zu tragen", heisst es in den Richtlinien, "um die Bewerber vor Repressalien der westdeutschen Regierung zu schützen".

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt

Konsequenzen der Sitzung des Parteivorstandes

Am Sonnabend, dem 31. März 1951, fand in Bonn eine Sitzung des Vorstandes der SPD statt, an die sich eine gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes mit dem Parteiausschuss anschließt, die am Sonntag fortgesetzt und beendet werden wird.

Die Vorstandssitzung wurde von Erich Ollenhauer eröffnet, der dem verstorbenen Mitglied des Parteivorstandes Bruno Leddin Worte des Gedenkens widmete.

Der Parteivorstand billigte einstimmig folgenden Beschluss:

Eine in der deutschen und ausländischen Presse erwähnte Rede des Bremer Senatspräsidenten Wilhelm Kaisen über den Schuman-Plan veranlasst den Parteivorstand zu der Feststellung, dass es den politischen Grundsätzen der SPD widerspricht, wenn es um deutsche Lebensfragen geht, regionale Interessen über das Interesse der gesamtdeutschen Wirtschaft zu stellen. So wie es die SPD auf das Entschiedenste abgelehnt hat, die Interessen Berlins und der Menschen in der Sowjetzone vermeintlichen Regional-Interessen westdeutscher Länder zu opfern, weist sie jeden Versuch aufs Schärfste zurück, die Lebensgrundlage und Zukunft des Ruhrgebiets einem vermeintlichen Landesinteresse preiszugeben. Der Parteivorstand missbilligt aus diesem Grunde die Erklärung des Senatspräsidenten Kaisen, die im Widerspruch zur ablehnenden Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zum Schumanplan steht.

Der Parteivorstand erörterte nach einem Bericht von Fritz Heine die Lage im Saargebiet, besonders im Hinblick auf einen vom Vorstand der SPS an den Vorstand der SPD gerichteten Brief, in dem der Wunsch auf Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses und die Bitte um eine gemeinsame Unterredung ausgesprochen werden.

Der Parteivorstand bestätigte seinen früheren Beschluss, dass Doppelmandate zum Bundes- und zu Landtagen nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Parteivorstandes ausgeübt werden dürfen.

Alfred Nau berichtete über die Vorbereitungen zur Internationalen Sozialistischen Konferenz, die Ende Juni und Anfang Juli in Frankfurt (Main) stattfinden wird. Am 1. Juli soll in der Frankfurter Kongresshalle eine internationale Massenkundgebung durchgeführt werden.

Der Parteivorstand wählte Prof. Ludwig Preller zum Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand und beschloss, Prof. Baade und den wirtschaftspolitischen Referenten beim Parteivorstand, Rudolf Pass, zu der Ende April stattfindenden Agrar-expertenkonferenz der COMISCO zu entsenden.

Herta Gotthelf berichtete über die Sitzung, die kürzlich in Bonn von Vertretern des Vertriebenen-Beirats der SPD, Mitgliedern der Bundestagsfraktion und Funktionären aller Bezirke über die sozialdemokratischen Forderungen zum Lastenausgleich abgehalten wurde. Die Vorschläge dieser Konferenz wurden vom Parteivorstand nach längerer Aussprache gebilligt. Sie lauten:

- 1.) Echter Ausgleich durch wirklichen Eingriff in die Vermögenssubstanz. Ausnutzung aller Möglichkeiten zur sofortigen oder baldmöglichen Fälligkeit der Abgabe.
- 2.) In Anerkennung eines Rechtsanspruchs unbedingter Vorrang der sozial notwendigen Leistungen für die nächsten Jahre, Bemessung der Schadensrente und Hausratshilfe sowie Eingliederungshilfe unabhängig von der Höhe des Schadens.
- 3.) Nach Durchführung der sozialen Leistungen, bei der Entschädigung nach festgestellten Schäden, Vorrang des kleineren Besitzes.

Als Termin der nächsten Parteivorstandssitzung wurde Donnerstag, 24., und Freitag, 25. Mai 1951, festgesetzt.

Deutschland vor der Viermächtekonferenz.

Grosses Referat Dr. Schumachers vor dem SPD-Parteivorstand.

In der gemeinsamen Sitzung des Vorstandes und Parteausschusses der SPD am 31. März in Bonn hielt Dr. Kurt Schumacher ein umfassendes Referat über "Deutschland vor der Viermächtekonferenz".

Er wies auf den Mangel an Demokratie im Staatsaufbau der Bundesrepublik hin und unterzog die Struktur der Einmannregierung und die politische Alleinherrschaft des Bundeskanzlers einer scharfen Kritik. Man habe oft das Gefühl, dass die Beamten nicht Diener des Staates seien, dass die Regierungsbürokratie Staatsarroganz und nicht Staatsautorität verkörpern, auch dem Parlament gegenüber. Dr. Schumacher sprach von der Zweitrangigkeit des Kabinetts und davon, dass die neu ernannten Kommissare im Kabinett so etwas wie eine Beamtenherrschaft verkörpern.

Zum Mitbestimmungsrecht bemerkte Dr. Schumacher, dass die SPD sich gegen jede Regelung dieser Frage wenden werde, die nicht dem Standpunkt der Gewerkschaften entspreche. Nur die Opposition stehe hinter dem Gesetzentwurf der Regierung, eine Situation, die in jedem anderen Lande zum Rücktritt der Regierung führen würde.

Dr. Schumacher wandte sich dann dem Problem der militärischen Sicherheit zu. Die westliche Welt, habe noch keine Konzeption zur Verteidigung der freien Welt mit Einschluss Deutschlands. Wir nützen der Freiheit der Welt nichts, wenn wir uns in die Rolle der Partisanenkämpfer und der Igelstellung drängen lassen. Solange die alliierte Konzeption die der Brückenköpfe ist, müssen wir einen militärischen Beitrag ablehnen.

Die Vorschläge des Plevanplans lehnte Dr. Schumacher erneut als undiskutabel ab, denn er sehe deutsche Formationen vor, die ungenügend gross, ungenügend bewaffnet und unter fremden Befehl gestellt sein würden.

Dr. Schumacher erklärte, es gebe bisher noch keinen europäischen Spezialplan, der vom Willen der Gleichberechtigung erfüllt ist. Die Alliierten sprechen von einer kommenden Gleichheit Deutschlands, bis zu deren Verwirklichung sie sich freie Hand vorbehalten. Inzwischen sollen aber soviel Ungleichheiten durch Tatsachen geschaffen werden, dass die formalrechtliche Gleichheit am Ende wertlos sein werde.

Die Errichtung des Auswärtigen Amtes sei ein Fortschritt im Formalen, nicht im Tatsächlichen. Die Bundesregierung habe keine tragende aussenpolitische Idee und kein System entwickelt, um es zum Gegenstand einer politisch-diplomatischen Offensive zu machen. Die Themen der deutschen Aussenpolitik hätten immer die anderen gestellt.

Dr. Schumacher warnte vor der Idee und Moral der Vorleistungspolitik. Die Europa-Idee sei von denen bedroht, die sie permanent für nationalwirtschaftliche Geschäfte missbrauchen. Als Beispiele nannte Dr. Schumacher das Ruhrstatut, das Petersberg-Abkommen, den Europarat, die Diskussion um den deutschen militäri-

sehen Beitrag und die Anerkennung der Auslandsschulden. Ide bei den beiden letztgenannten Fragen erfolgreiche Opposition der SPD habe dem deutschen Volke und dem europäischen einen Dienst erwiesen.

Zum deutsch-französischen Verhältnis erklärte Dr. Schumacher, wir wollten die Freundschaft und das Vertrauen des französischen Volkes, aber Frankreich sei nicht Europa. Nach der Spaltung Europas in Ost und West könnten wir uns nicht auf ein Europa ohne Skandinavien und Grossbritannien beschränken. Dr. Schumacher wandte sich gegen französische Interventionen in rein innerdeutsche Angelegenheiten, die nicht nur an Zahl, sondern auch an Dreistigkeit zugenommen hätten, wofür die Südweststaat-Frage ein Beispiel sei.

Dr. Schumacher wandte sich dagegen, der Bundesregierung Illusionskredite in der Aussenpolitik zu geben. Dem Eintritt in den Eurorarat gleichzeitig und mit den selben Bedingungen mit dem Saargebiet sei keine Erleichterung gefolgt, jetzt wolle die Bundesregierung den grössten Vertrauenskredit für die Unterzeichnung des Schumanplanes.

Dr. Schumacher nannte als die drei Ziele des Schumanplans die Schwächung der Ruhrproduktion, das ausländische Verfügungsrecht über das deutsche Industriezentrum an der Ruhr und die deutsche Zustimmung dazu, dass Elemente des Besatzungsrechts freiwillig für 50 Jahre als deutsches Recht übernommen werden. Die Annahme des Schumanplanes werde die Herrschaft des internationalen Kohlenhandels über Menschen und Produktion an der Ruhr bedeuten. Die Hohe Behörde, in der Deutschland bestenfalls einen Vertreter haben werde, würde ein Stück ökonomischer Allgewalt auf dem europäischen Kontinent sein. Im Rate der Aussenminister werden dem deutschen Vertreter 5 ausländische gegenüberstehen. Wir hätten nur die Wahl, uns majorisieren zu lassen oder mitschuldig zu werden an der Ermordung der europäischen Idee. Dr. Schumacher erklärte, die SPD werde nicht nur das Parlament, sondern das Interesse des deutschen Volkes gegen die Ratifizierung des Schumanplans anrufen.

Die Amerikaner hätten durch ihre Intervention zur Auflösung der Verbundwirtschaft und des gemeinsamen Kohlenverkaufs eine furchtbare Verantwortung auf sich geladen, die Verantwortung für die Gefahr der sozialen Zersetzung an der Ruhr.

Über die Pariser Vorbesprechung zur Vierer-Konferenz sagte Dr. Schumacher, dem Verhalten der Amerikaner in der Frage der deutschen Remilitarisierung hätten es die Sowjets zu verdanken, dass sie Gesten der Offensive machen könnten, obwohl die Position des Westens stark war, denn die Sowjetunion sei schuld an den erhöhten Rüstungslasten, der Verhinderung der Rüstungskontrolle und der Senkung des Lebensstandards der Massen. Die Viererkonferenz sei nötig zur Klärung, aber nur wenn die deutsche Remilitarisierung kein gesonderter und erster Tagesordnungspunkt sei, bei dem die Sowjets die Rolle der Generalankläger spielen möchten. Die Drohung, die Konferenz lieber scheitern zu lassen als diesen Punkt zu akzeptieren, habe nun die Sowjets zum Nachgeben genötigt.

Dr. Schumacher wandte sich gegen die kommunistische Propaganda für einen Friedensvertrag, der die Oder-Weisse-Grenze anerkennen sollte und gegen die Kampagne für eine Volksbefragung zur Remilitarisierung. Er betonte, dass freie, gleiche und geheime Wahlen in ganz Deutschland der erste Schritt zur deutschen Einheit sein müssten und dass Grotewohls Ablehnung solcher Wahlen eine Ablehnung der deutschen Einheit gewesen sei.

Dr. Schumacher erklärte, dass es der SPD hier nicht darauf ankomme, Erfolge für ihre Partei, sondern für das deutsche Volk zu erringen. "Wir sind", sagte er, "bereit, mit deutschen und anderen wirklichen Freunden der Freiheit in der Welt zusammenzugehen, aber nicht mit deutschen Hilfsorganisationen der Alliierten; denn Unglück und Versklavung seien nicht dazu da, Geld zu verdienen und politische Karriere zu machen."

Abschliessend wies Dr. Schumacher auf die Bedeutung der kommenden Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen und die Gemeindevahlen in Schleswig-Holstein hin. Sie müssten zeigen, dass die Bundesregierung nicht mehr die Mehrheit hat. Es genüge nicht, nur den Rücktritt Erhards zu fordern, man müsse Neuwahlen zum Bundestag fordern; sie seien die Voraussetzung für Verhandlungen über eine neue Regierung.

Das Referat Dr. Schumachers wurde mit begeisterter einmütiger Zustimmung entgegengenommen.

- - - - -

Prof. NÖLTING zur wirtschaftspolitischen Situation

In einem ausführlichen Referat über die wirtschaftspolitische Situation unterzog Abg. Prof. Erik NÖLTING, der anstelle des durch Krankheit verhinderten Abg. Dr. Hermann VEIT sprach, die Politik des wirtschaftlichen Liberalismus einer Kritik, die zu der Feststellung führte, dass uns die Politik der sozialen Marktwirtschaft in vier Sackgassen geführt habe:

1. die Steigerung der Preise und der Gewinnspannen und die Senkung des Lebensstandards der breiten Massen,
2. die Arbeitslosigkeit, die sich zwischen 1,5 und 1,6 Mill. bewegt, und mit der man sich regierungsseitig weitgehend abgefunden zu haben scheint,
3. die Lage auf dem Investitionsmarkt, die für Engpässe in den wichtigsten Grundstoffindustrien, im Verkehr und im sozialen Wohnungsbau verantwortlich ist, und
4. die hoffnungslose Verschuldung in unserer Außenhandelswirtschaft und die katastrophale Devisenbilanz.

Prof. NÖLTING behandelte weiter die Probleme der Preissenkung und der Lohnerhöhung, die durch die falsche Investitionspolitik ungelöst geblieben seien und wies darauf hin, dass sich die Theorie der Vollbeschäftigung auf einer zweckmässigen Investitionssteuerung aufbaue. Zur hemmungslosen Liberalisierung des Außenhandels bemerkte er, dass wir in sie genau so vorbehaltlos hineingeschlittert seien wie in das Petersberg-Abkommen, in die Europäische Zahlungsunion, in die Remilitarisierungsdebatte und jetzt, wenn es nach ALENKERS Willen geht, in den Schumanplan.

Prof. NÖLTING erklärte, dass auch dann, wenn ERHARD jetzt wegen seiner offensichtlichen Mißerfolge vielleicht über Bord gehen werde, das System der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung keine wesentliche Änderung erfahren werde. Wenn man zur Zwangswirtschaft als letzter Zuflucht einer ratlos gewordenen freien Marktwirtschaft übergehen wolle, dann werde die SPD dabei keine Hilfestellung leisten. Prof. NÖLTING betonte, dass die Sozialdemokratie nicht für Zwangswirtschaft und zentralen Staatskapitalismus in Form marktloser Wirtschaft eintrete, sondern für Planung und Lenkung auf dem Produktions- und Investitionssektor. Wir fordern, sagte er, Lenkung im Großen, damit uns eine Bewirtschaftung im Kleinen erspart bleibt. Wir lehnen eine Lenkung ab, die nur auf Befehl von oben beruht. Wir sind für die Freiheit der Arbeitsplatzwahl, der Konsumwahl und der Lohnverhandlungen zwischen den Sozialpartnern; wir sind nur gegen die Freiheit der Ausbeutung. Für uns ist Lenkung kein Dogma, während ERHARDS Markttheorie dogmatisch war und zur bewußten Differenzierung und Verhöhnung aller notwendigen und vernünftigen Lenkungsmaßnahmen geführt hat. In der Welt draußen aber hat man der Kommandowirtschaft der Diktaturen längst die Planwirtschaft der großen Demokratien entgegengesetzt.

Prof. NÖLTING erklärte, die Sozialdemokratie müssen den Kampf gegen ERHARD nicht nur defensiv, sondern offensiv führen. Mit Einzelmaßnahmen sei die Krise, deren Ursachen nur zum Teil auf internationalem Gebiet, zum größten Teil aber in innerdeutschen Fehlerquellen liegen, nicht zu überwinden. Vier Dinge seien gleichzeitig

anzupacken:

1. die falsche Einkommenstruktur, die falsche Verteilung des Sozialprodukts und die verzerrte Relation zwischen Löhnen und Preisen,
2. die Fehlinvestitionen und der falsche Kapitalbildungsprozeß,
3. die konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit, und
4. die Außenhandelsverschuldung.

Es komme, sagte Prof. NÖLTING zum ersten Punkt, nicht nur auf eine Erhöhung, sondern ebenso auf eine vernünftige Verteilung des Sozialproduktes an. Der Anteil der Arbeitnehmer an ihm sei unerträglich gering. Es bestehe kein mangelnder Sparwille, sondern objektives Spar-Unvermögen der breiten Massen. Wer nach mehr Sparen rufe, müsse für niedrige und stabile Preise sorgen. Prof. NÖLTING forderte Preiskontrolle mit dem Ziel, Kostenpreise auf nachgewiesener Kalkulationsgrundlage statt Knappheitspreisen aus Marktlagen und -versteifungen herbeizuführen. Er forderte, dass als Strafmaßnahmen der Preiskontrolle Betriebsschließungen und Berufsverbote erfolgen, dass Richtpreise erlassen werden und die Händler - mindestens bei lebenswichtigen Preisen - die Einstandspreise angeben und so die Handelsspannen erkennen lassen. Weiter forderte er die Beibehaltung der Subventionen für dringlich nötige Massenlebensmittel, die rigorose Erfassung hinterzogener Steuern und die Bindung von Investitionen aus einem zu schaffenden Investitionsfonds an die Einhaltung bestimmter Richtpreise.

Zum Investitionsproblem erklärte Prof. NÖLTING, die Vernachlässigung der Grundstoffindustrien durch das private Kapital sei ein gutes Argument für ihre Sozialisierung. Zu fordern sei die Lenkung der Sparkapitalien und Versicherungseingänge in die Engpässe, eine Investitions-Zwangsanleihe aus Gewinnen, Rückstellungen und Abschreibungen in Wirtschaftszweigen, deren weiterer Ausbau überflüssig oder unerwünscht ist, und die Bildung eines Sonderfonds aus diesen Geldern um das Kapital dorthin zu lenken, wo es notwendig ist.

Zur Außenhandelspolitik bemerkte Prof. NÖLTING, die SPD sollte nicht grundsätzlich Liberalisierungsfeindlich sein, aber seit Ausbruch des Korea-Krieges sei der Liberalisierung des Außenhandels der Boden entzogen. In ihrem Zeichen habe sich in Deutschland Dilletantismus und Großmannssucht breitgemacht. Uns sei hier nicht die Rolle des forschenden Schrittmachers zugekommen.

Prof. NÖLTING erklärte es für notwendig, die Liberalisierung durch Regulierung der Importe zu begrenzen und sie an das Tempo der Gegenleistungen unserer Handelspartner zu binden, weil sich sonst ein Schuldenberg aufzutürmen drohe. Statt genereller und gleichmäßiger Beschränkung der Importe, wie sie jetzt durch Freditschwerung versucht werde, forderte er eine Regelung nach volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten. Eine Lenkung der importierten Rohstoffe müsse durch Produktionsauflagen, Prioritäten und einen Beimischungszwang einheimischer Rohstoffe erfolgen.